

Solidarisch gegen Willkür

VOR DIESER AUSGABE

UNION BUSTING – Immer mehr Unternehmen ignorieren Recht und Gesetz

Schikanen gegen Beschäftigte, die sich im Betriebsrat engagieren, hat es schon immer gegeben, aber in den letzten Monaten häufen sie sich. Immer mehr Arbeitgeber ignorieren schlicht und einfach Recht und Gesetz.

BEISPIEL MÜNCHEN – Hier sitzt die Firma stylebop.com, nach eigenen Angaben der „weltweit führende online Shop für hochwertige Designermode“. Sie zählt sich zu den „Trendsettern der Branche“. Doch zum Trend scheinen Gewerkschaften nicht zu passen, zumindest nicht nach Meinung der Eigentümer Mario und Thorsten Eimuth. Die Brüder haben jetzt zwei Beschäftigte entlassen, von denen sie vermuten, dass sie ver.di-Mitglieder sind.

Damit reagieren sie auf Flugblätter, die ver.di Anfang September an die rund 280 Beschäftigten verteilt hat. Darin prangert die Gewerkschaft zum Beispiel an, dass die Angestellten teilweise ohne Bezahlung arbeiten müssen und Überstunden oft nur kurzfristig angeordnet werden. Ein Betriebsrat könnte hier Abhilfe schaffen. Wenige Stunden nach der Verteilaktion wurde zwei Beschäftigte gekündigt und sie wurden sofort von der Arbeit „freigestellt“, weil die Chefs vermuten, dass sie die Initiatoren der Flugblatt-Aktion waren.

BEISPIEL DORSTEN-RHADE – Elf Beschäftigte einer privaten Pflegeeinrichtung im westfälischen Dorsten wurden fristlos entlassen, nachdem sie die zuständige Heim-



aufsicht über ihre Überlastungsanzeige informiert hatten. Durch organisatorische Mängel und ständige Personalfluktuations fühlten sie sich ausgelacht und überfordert. Einen Betriebsrat gibt es nicht, wie auch in vielen anderen Pflegeeinrichtungen. Gerade die privaten Arbeitgeber weigerten sich oft, Tarifverträge anzuerkennen, berichtet ver.di-Vorstandsmitglied Sylvia Bühler. Doch sie könnten Schutz bieten, und Betriebsräte könnten für ihre Einhaltung und bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

BEISPIEL WIESLOCH – Die in der Nähe von Heidelberg ansässige Volksbank Kraichgau versucht, ihren Betriebsratsvorsitzenden Torsten Wacker fristlos zu entlassen. Angeblich habe er sich bei seiner Arbeit in der Wertpapierabteilung unrechtmäßig Provisionen zuge-

schrieben („ver.di news“ berichtete). Doch es drängt sich der Verdacht auf, dass hier ein engagierter Kollege mundtot gemacht werden soll, denn der Betriebsratsvorsitzende der Volksbank Kraichgau ist einer von zweien bundesweit, die sich juristisch gegen einen mit Pseudogewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrag zur Wehr setzen. Ende September will das Arbeitsgericht über die Kündigung entscheiden.

Diese drei willkürlich ausgewählten Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, sich in einer solidarischen Gemeinschaft wie ver.di aktiv zu sein. Denn gegen Willkür muss man sich wehren können.

Heike Langenberg

<http://mitgliedwerden.verdi.de>

... endete die diesjährige Baltic Week. Während dieser Zeit kontrollieren Teams der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) Schiffe in allen Ostseehäfen, in Deutschland zusätzlich auch in Bremen, Bremerhaven und Hamburg. Gemeinsam gehen Hafentarbeiter, Seeleute und ITF-Inspektoren an Bord, begutachten die Zustände dort und prüfen, ob die geltenden Verträge auch eingehalten werden. Es ist ein Stück gelebte Solidarität, die zeigt, wie schlagkräftig Gewerkschaften auch in Zeiten der Globalisierung sein können, wenn sie zusammenarbeiten. So wurden in den sieben deutschen Häfen während der Baltic Week dieses Jahr mehr als 50 Schiffe kontrolliert; allein auf einem Kreuzfahrtschiff konnten für die Seeleute fällige Auszahlungen von mehr als 850 000 Euro durchgesetzt werden.

hla

Wehrhaft

„Wehrlos werden weder ver.di noch der Betriebsrat einen Kahlschlag hinnehmen.“

ver.di-Sekretär Arno Peukes, Mitglied im Karstadt-Aufsichtsrat, zu Spekulationen über Pläne, nach denen bis zu 30 Karstadt-Filialen geschlossen werden sollen

FRAUEN
Die Lücke klafft noch immer

ver.di-Konferenz fordert gleiche Chancen ein

SEITE 2

WAHLEN
Neus Rekordtief

21,9 Prozent reichen für die Landesregierung in Sachsen

SEITE 3

GUTE ARBEIT
Schöne neue IT-Welt

Sonderauswertung zur IT-Dienstleistungsbranche

SEITE 4

ALTENPFLEGE
„Wir konnten nicht anders“

Auf Überlastungsanzeige folgen fristlose Kündigungen

SEITE 5

URTEIL
„NAG“ keine Gewerkschaft

Bei Versicherungen hat nur ver.di Durchsetzungsmacht

SEITE 6

BÜCHERGILODE
Gehaltvoll und er-schwinglich

Buchclub ist 90 Jahre alt und sehr lebendig

SEITE 7

BUCHTIPP

Aufpassen bei der Rente ab 63

(red.) Seit Juli ist es möglich, dass langjährige Versicherte nach 45 Versicherungsjahren schon im Alter von 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Doch Vorsicht: Längst nicht jede/r Versicherte hat das Recht dazu. Gerade die Jüngeren müssen beachten, dass das Renteneintrittsalter in Zwei-Monats-Schritten wieder auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben wird. Vom Geburtsjahrgang 1964 an gilt es dann für alle folgenden. Das ist nur einer der Fallstricke, auf die man bei der so genannten „Rente mit 63“ achten muss. Natalie Brall, Ragnar Hoenic und die ver.di-Sekretärin Judith Kerschbaumer erklären in dem Ratgeber „Rente ab 63“ auch, welche Ausbildungszeiten angerechnet werden, welche Zeiten der Arbeitslosigkeit zählen und ob sich die freiwillige Beitragsleistung auch für einen vorzeitigen, abschlagsfreien Renteneintritt gelohnt hat. In dem Autoren-Trio vereint sich sozialrechtlicher Sachverständiger aus dem Bundesarbeitsministerium, vom Sozialverband Deutschland und von ver.di.

NATALIE BRALL, RAGNAR HOENIG, JUDITH KERSCHBAUMER: **RENTE AB 63. GELTENDES RECHT UND TIPPS FÜR DIE PRAXIS**, BUND-VERLAG, FRANKFURT/MAIN, 123 SEITEN, 19,90 EURO, ISBN 978-3766363947

Die Lücke klafft noch immer

ALTERSSICHERUNG – ver.di-Konferenz fordert erneut gleiche Chancen für Frauen ein

(hla) Seit zehn Jahren laden die ver.di-Bereiche Frauen und Gleichstellungspolitik sowie Sozialpolitik zur Frauenalterssicherungskonferenz. Zahlreiche typische Risiken der Alterssicherung für die Frauen wurden dabei frühzeitig öffentlich skandalisiert, dennoch seien viele Themen noch längst nicht erledigt, hieß es bei der Tagung: „Die Gerechtigkeitslücke bei der Rente ist noch immer nicht geschlossen“, stellte Eva M. Welskop-Deffaa fest, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für Sozialpolitik. Außerdem nannte sie Entgeltungleichheit und Minijobs.

Bei der 10. Frauenalterssicherungskonferenz, die ver.di gemein-

sam mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD) ausrichtete, ging es auch um die Auswirkungen des jüngst vom Bundestag beschlossenen Rentenpakets. Hannelore Bult, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, rechnete vor, wie ungleich Frauen und Männer von den Änderungen profitieren. Denn in erster Linie kommt Frauen die Anrechnung von Erziehungszeiten für Kinder zugute, die vor 1992 geboren worden sind. „Das macht pro Kind in 20 Jahren rund 6000 Euro“, so Bult. Männer, die deutlich häufiger geradlinige und langjährige Erwerbsverläufe nachweisen, können in stärkerem Maße als Frauen die

so genannte „Rente mit 63“ in Anspruch nehmen. Hier summieren sich die zusätzliche Rentenzahlungen in 20 Jahren auf durchschnittlich 34 000 Euro.

GERINGE WERTSCHÄTZUNG

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger forderte, Arbeitsplätze so zu gestalten, dass die Gesundheit der Beschäftigten erhalten. Insbesondere in typischen Frauenbereichen wie der Pflege, dem Sozial- und Erziehungsdienst oder dem Handel klagen Beschäftigte häufig über geringe Wertschätzung und hohe Belastung.

Konsultation zu Wasser als Menschenrecht

EUROPÄISCHE KOMMISSION – Mitmachen und Fragen beantworten

(red.) Vor einem Jahr hat ver.di gemeinsam mit anderen europäischen Gewerkschaften durch eine Europäische Bürgerinitiative dafür gesorgt, dass das Thema Wasser auf die Tagesordnung der Europäischen Kommission gekommen ist. Als Fol-

ge hält die Kommission bis zum 23. September eine Konsultation ab, an der sich jede/r beteiligen kann. ver.di ruft dazu auf, unbedingt bei der Konsultation mitzumachen, denn nach Meinung der Gewerkschaft orientieren sich die gestellten Fragen mehr

am Interesse der Kommission als am Interesse der knapp 1,7 Millionen Bürger/innen, die sich an der Bürgerinitiative beteiligt haben. Mehr Informationen und der Link zur Konsultation im Internet unter <http://bit.ly/1vU5CdY>

DIE PRESSE-SHOW

In der NEWS-Ausgabe Nr. 9 vom 14. Juni hatte sich unsere „Presse-Show“ mit den Gefahren für die Pressefreiheit in Deutschland befasst – aus der Sicht von 432 Chefredakteuren, Redaktions- und Ressortleiter/innen der Ressorts Politik, Wirtschaft und Lokales von 230 Zeitungen. Das Institut für Demoskopie Allensbach hatte sie nach ihren Einschätzungen gefragt. Auftraggeber der daraus entstandenen Studie über die „Einflussnahmen auf die journalistische Arbeit“ war die von Verlegern getragene „Stiftervereinigung der Presse“, sozusagen also die Eigentümer der Zeitungen persönlich.

GRÖSSTES PROBLEM: ZEITMANGEL

Aus der Studie zitiert hatten wir im Juni z. B., dass viele Führungskräfte in den Redaktionen über Versuche von Unternehmen, Verbänden und Politikern klagen, die Berichterstattung in ihrem Sinne zu len-

ken, und über die Behinderung von Recherchen. Die Rede war auch von wirtschaftlichem Druck auf Zeitungsverlage mit dem Ziel, die Berichterstattung zu beeinflussen.

In dieser „Presse-Show“ nun, wie angekündigt, weitere Ergebnisse der Allensbach-Studie: Das größte Problem für die „Pressefreiheit in Deutschland“ ist aus Sicht von 83 Prozent der befragten Führungskräfte der eklatante Zeitmangel in den Redaktionen. Angesichts tiefgreifender struktureller Umbrüche in der Zeitungsbranche und nach dem „Einsparen“ vieler Stellen beklagen 74 Prozent der Befragten laut Allensbach-Studie, dass auch sie selber „oft zu wenig Zeit für Hintergrundrecherchen und das Schreiben ihrer Artikel“ haben.

DIE GRENZEN VERSCHWIMMEN

Zweitgrößtes Problem ist die Rücksicht, die Journalist/innen nach ei-

genem Bekunden auf wirtschaftliche Interessen des eigenen Verlagshauses nehmen müssen: 77 sehen die Pressefreiheit dadurch „etwas gefährdet“ oder „stark gefährdet“. Schließlich die Rolle von PR-Agenturen und PR-Abteilungen: 86 Prozent der von Allensbach Befragten beobachten, dass deren Versuche, Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen, stark oder „etwas“ zugenommen haben.

Und was die künftige Entwicklung der Probleme angeht, sehen die meisten führenden Politik-, Wirtschafts- und Lokalredakteur/innen schwarz: Die Einschränkungen und Behinderungen der Berichterstattung nähmen künftig eher noch zu, fürchten 54 Prozent. Ganze drei Prozent glauben, dass es noch einmal besser wird. *Henrik Müller*

www.stiftervereinigung.de/Studien-und-Texte-zum-Download.html

Neues Rekordtief

WAHLBETEILIGUNG – 21,9 Prozent reichen für die Landesregierung in Sachsen

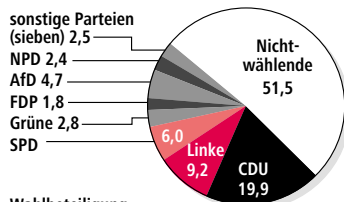
(hem) Neues Rekordtief bei der Beteiligung an der Landtagswahl im Freistaat Sachsen: Lediglich 48,5 Prozent der knapp 3,4 Millionen Wahlberechtigten gaben gültige Stimmen ab. Laut „Mitteldeutschem Rundfunk“ sprach SPD-Vizechefin Eva Maria Stange von einer „Katastrophe“ und machte die CDU dafür verantwortlich. Ministerpräsident Stanislaw Tillich, CDU, wies die Kritik zurück: Die Opposition habe es nicht geschafft, mit Themen einen tatsächlichen Wahlkampf zu entfachen.

Kritische Beobachter halten solcherlei Erklärungsmuster allerdings für deutlich zu kurz gegriffen und stellen fest, dass die seit Jahren stetig zurückgehende Wahlbeteiligung auf eine Legitimationskrise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie schließen lasse. Die meisten Vertreter demokratischer Parteien machten es sich aber auch

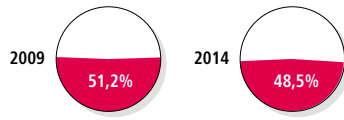
zu leicht, wenn sie – im Umkehrschluss – die Wahlerfolge der rechtspopulistischen AfD und der rechtsextremen NPD im Wesentlichen auf die ansonsten niedrige Wahlbeteiligung zurückführten.

Freistaat Sachsen: Wahlen zum Landtag

Zweitstimmen-Anteile in Prozent der Wahlberechtigten



Wahlbeteiligung



QUELLEN: LANDESWAHLLEITERIN / EIGENE BERECHNUNGEN

Klar ist: Sollte es zu einer schwarz-grünen Regierungskoalition in Dresden kommen, hätte ein solches Bündnis gerade einmal 21,9 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich. Selbst eine Regierung aus CDU und SPD, früher „Große Koalition“ genannt, könnte sich lediglich auf ein Viertel des Wahlvolks stützen.

Ein Extrembeispiel macht deutlich, welch problematische Ergebnisse eine stetig zurückgehende Wahlbeteiligung zeitigen kann: Der CDU-Kandidat, der im Wahlkreis Leipzig 4 das Direktmandat gewonnen hat, kann sich dabei auf gerade einmal 11,1 Prozent der Wahlberechtigten stützen.

Die Wahlbeteiligung hatte bei – noch unterdurchschnittlichen – 44,5 Prozent gelegen, und davon reichten dem CDU-Bewerber 24,9 Prozent der Stimmen für sein Landtagsmandat. Der Zweitplatzierte kam auf 23,8 Prozent.



HENRIK MÜLLER IST REDAKTEUR BEI „VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Schwindende Legitimation

Vor 25 Jahren haben gerade im Südosten der zusammenbrechenden DDR viele Bürger/innen enorme Hoffnungen in die parlamentarisch-repräsentative Demokratie nach westdeutschem Muster gesetzt. Ein Vierteljahrhundert später verweigern in Sachsen mehr als die Hälfte von ihnen die Stimmabgabe. Mit dem Wahltermin am letzten Ferientag ist das nur unzureichend erklärt. Bei einem derart kontinuierlichen und massiven Rückgang der Wahlbeteiligung wird man aber mal fragen dürfen, ob es sich nicht um eine Legitimationskrise des Systems handelt, wie wir Demokratie zelebrieren. Immer mehr Wahlberechtigte sind überzeugt, dass sie mit einer Stimmabgabe nichts bewirken. Und wenn sie erfahren, dass der Deutsche Bundestag nicht einmal darüber entscheiden darf, ob deutsche Kriegswaffen in ein explosives Krisengebiet geliefert werden dürfen, sehen sie sich auf drastische Weise bestätigt. Patentrezepte für mehr Demokratie gibt es nicht. Gewonnen wäre aber schon einiges, wenn alle Akteure der parlamentarischen Demokratie ein bisschen weniger Selbstherrlichkeit und ein bisschen mehr Selbstlosigkeit ausstrahlen würden.

Luftverkehrssteuer abschaffen

LUFTFAHRT – ver.di unterstützt Vorstoß der Regierungskoalition

(pm) ver.di unterstützt den Vorstoß der schwarz-roten Regierungskoalition, die Luftverkehrssteuer abzuschaffen. Die Koalition hatte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, CSU, aufgefordert, die

umstrittene Ticketsteuer für Starts von deutschen Flughäfen schrittweise ab 2016 abzubauen. „Die Luftverkehrssteuer ist ein Irrläufer, der schnell abgeschafft gehört“, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied

Christine Behle. „Es ist gut, dass die Regierungsfractionen das nun erkannt haben.“ Dieser Sonderweg sei eine Belastung für deutsche Fluggesellschaften und Flughäfen geworden.

Mit den Füßen abstimmen

AUSBILDUNGSREPORT – Branchen mit schlechten Bedingungen haben hohe Abbrecherquoten

(hla/pm) Fast jeder vierte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig beendet. Der jüngst vorgelegte Ausbildungsreport des DGB zeigt, dass insbesondere dort, wo die Ausbildungsbedingungen schlecht sind, noch mehr Azubis vorzeitig das Handtuch schmeißen. Zu diesen Berufen zählen mit über 40 Prozent vorzeitiger Auflösungen Köch/innen und Fachverkäufer/innen im Lebensmittelhandwerk. Berufe mit niedrigen Abbrecherquoten sind hingegen Bank- oder Industriekaufleute.

Im Rahmen des Ausbildungsreports befragt die DGB-Jugend jedes Jahr Tausende Auszubilden-

de zu ihren Ausbildungsbedingungen. Häufige Probleme, die genannt werden, sind regelmäßige Überstunden, Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz und ausbildungsfremde Tätigkeiten. „Die jungen Menschen stimmen über Ausbildungsbedingungen mit den Füßen ab“, kommentiert DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagenmiller das Ergebnis.

Beischiechten Bedingungen müssten sich die Betriebe auch nicht wundern, wenn Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. „Besetzungsprobleme gibt es meist in den Berufen, die massive Probleme mit der Ausbildungsqualität haben“, so der

Gewerkschafter. Da sei es kein Zufall, dass gerade jene Branchen auch über Fachkräftemangel klagen.

Insgesamt sind jedoch 71,4 Prozent der Auszubildenden mit der Ausbildungsqualität zufrieden, hat der jüngste Report ergeben. Allerdings sei es erschreckend, so Hagenmiller, dass 13,2 Prozent der unter 18-jährigen mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten müssten. Das sei ein klarer Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz. Erfordert mehr Kontrollen, ob der Jugendarbeitsschutz in den Betrieben eingehalten wird.

www.dgb.de

Schöne neue IT-Welt

Arbeitsreport Krankenhaus

(hla) Viele Krankenhäuser in Deutschland haben in letzter Zeit ihre Organisation und Arbeitsteilung verändert. Allerdings hat das auf den Stationen häufig keine Verbesserungen für Beschäftigte und Patient/innen mit sich gebracht. Medizinisches und Pflegepersonal leiden weiterhin unter Arbeitsverdichtung und Stellenabbau. Vor allem den Pflegenden bleibt oft zu wenig Zeit für ihre Kernaufgaben, insbesondere das Gespräch mit Patient/innen und Angehörigen. Das zeigt der von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte „Arbeitsreport Krankenhaus“. Ein Forschungsteam vom Institut Arbeit und Technik (IAT) hat dazu 2500 Krankenhaus-Beschäftigte aus ganz Deutschland online befragt. Die Untersuchung sei zwar nicht repräsentativ, vermittelt nach Einschätzung der Wissenschaftler/innen aber einen guten Einblick in die Situation der Krankenhäuser. Rund 40 Prozent der Pflegenden geben an, dass sie auch für Transporte, Botendienste, Reinigungsarbeiten, Verwaltungsaufgaben und hauswirtschaftliche Tätigkeiten eingesetzt werden. So schaffen sie es kaum, ihren Kernaufgaben nachzukommen.

CHRISTOPH BRÄUTIGAM, MICHAELA EVANS, JOSEF HILBERT, FIKRET ÖZ: **ARBEITSREPORT KRANKENHAUS**. ARBEITSPAPIER DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG NR. 306, AUGUST 2014. DOWNLOAD UNTER WWW.BOECKLER.DE/PDF/P_ARBP_306.PDF

GUTE ARBEIT – Sonderauswertung zu den Arbeitsbedingungen in der IT-Dienstleistungsbranche

(ml) Aus Sicht der Beschäftigten sind die Arbeitsbedingungen in der IT-Dienstleistungsbranche längst nicht mehr so gut, wie sie mal waren. Das zeigt eine Sonderauswertung, die auf Datenmaterial der Repräsentativerhebungen des DGB-Index' Gute Arbeit aus den Jahren 2012 und 2013 basiert. Befragt wurden Beschäftigte in der Programmierung, in der Beratungstätigkeit, in der Software-Wartung, Datenverarbeitung, beim Hosting und dem Erstellen von Webportalen.

Bislang hatten IT-Berufe in der Öffentlichkeit einen guten Ruf: Sie galten als kreativ, geprägt von hoher Freiheit, gutem Einkommen und geringer körperlicher Belastung. Doch durch Umstrukturierungen, Standardisierung und Globalisierung haben sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Zwar sind die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten noch immer höher als in anderen Branchen, und die Einkommen werden besser bewertet als in der Gesamtwirtschaft, doch Arbeitsintensität und Anforderungen haben stark zugenommen. Privatleben und Berufstätigkeit verschwimmen immer mehr. Arbeiten am Wochenende ist inzwischen keine Aus-

nahme mehr, lebenslanges Lernen sowieso Pflicht, und der Stress am Arbeitsplatz wird immer größer.

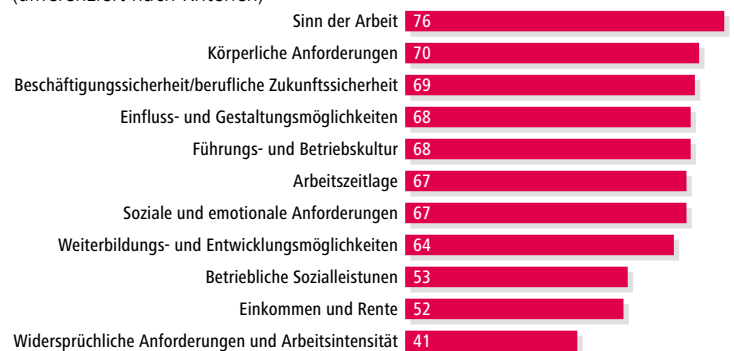
Im Schnitt bewerten IT-Dienstleistungsbeschäftigte ihre Arbeit, gemessen an den Maßstäben des DGB-Index', mit 62 Punkten; das entspricht dem unteren Mittelfeld. Jeder Zweite, der seine Arbeit als schlecht empfindet, kann sich nicht vorstellen, bis zur Rente durchzuhalten. Kein Kriterium erreicht im Schnitt die Schwelle zu guter Arbeit (siehe Grafik). Die Hälfte der Beschäftigten ist bereit, den Arbeitgeber zu wechseln.

Für die IT-Dienstleistungsbranche stellt sich daher die Frage, mit welchen Arbeitsbedingungen man künftig die hochqualifizierten Experten im Betrieb halten will und wie die einfacheren, stärker standardisierten Jobs dieser uneinheitlichen Branche besser gestaltet werden können. Umfangreiche Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten, gute Führungsqualitäten, eine gute Betriebskultur sowie eine sichere Zukunft sind der richtige Weg hin zu guter Arbeit, so die Erfahrung der ver.di-Initiative Gute Arbeit.

www.verdi-gute-arbeit.de

Die Arbeitsqualität in den IT-Dienstleistungsbranchen

(differenziert nach Kriterien)



QUELLE: DGB-INDEX GUTE ARBEIT, SONDERAUSWERTUNG „IT-DIENSTLEISTUNGSBRANCHE“ 2012/2013

Tarifverhandlungen auch für Werne gefordert

AMAZON – Fünf von acht Standorten des Versandhändlers jetzt auch streikbereit

(pm) ver.di hat Amazon jetzt auch am Standort Werne zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Zuvor hatten die ver.di-Mitglieder im Betrieb eine Tarifkommission gewählt. Das nordrhein-westfälische Werne ist damit nach Bad Hersfeld, Leipzig, Graben (bei Augsburg) und Rheinberg (bei Duisburg) der fünfte Standort, an dem nach dem Willen der Beschäftigten über einen Tarifvertrag verhandelt werden soll. ver.di

kündigte Streiks an für den Fall, dass Amazon – wie an den anderen Standorten – Verhandlungen verweigert.

AUFSICHTSRAT IN BAD HERSFELD

Am Standort Bad Hersfeld wurden Ende August die Arbeitnehmervertreter/innen im Aufsichtsrat gewählt. Nach dem Mitbestimmungsgesetz stehen sechs der zwölf Sitze der Arbeitnehmerseite zu. Neben der

ver.di-Sekretärin Mechthild Middecke und ihrem Kollegen Heiner Reimann wurde vier Vertreter/innen der Beschäftigten gewählt. Die Einrichtung eines paritätisch besetzten Aufsichtsrats war auf Druck der Beschäftigten zustande gekommen. Der Betriebsrat hatte das vor dem Landgericht Frankfurt/Main (Aktenzeichen 3-16 O 1/1) durchgesetzt.

<http://amazon-verdi.de>

T A R I F L I C H E S

FILMSCHAFFENDE IN FERNSEHPRODUKTIONEN

– (pm) Die Tarifverhandlungen für Filmurheber und Schauspieler in TV-Filmen haben Mitte Juli begonnen. Die Verhandlungsgemeinschaft aus ver.di, BFS,

BFFS und bvft will mit der Produzenten-Allianz einen Ergänzungstarifvertrag für die Filmurheber und Schauspieler unter den insgesamt etwa 25 000 Filmschaffenden Deutschlands abschließen. Er soll

neben den weiter geltenden Tarifvereinbarungen die angemessene Erlösbeteiligung der kreativen Mitarbeiter in Fernsehfilmproduktionen regeln. Die Verhandlungen sollen Ende September fortgesetzt werden.

„Wir konnten nicht anders“

ALTENPFLEGE – Betreiber reagiert auf Überlastungsanzeige mit fristlosen Kündigungen

(hla) Für die elf Altenpflegerinnen im „Haus der Geborgenheit“ war es eine böse Überraschung. Genau in der Zeit, als sie in der ver.di-Geschäftsstelle in Recklinghausen zur Beratung saßen, trafen zu Hause ihre fristlosen Kündigungen ein. Der Hintergrund: Die elf Frauen hatten gemeinsam eine Überlastungsanzeige an die Heimleitung geschrieben und diese zur Kenntnis auch an die Heimaufsicht des Kreises Recklinghausen weitergeleitet. Sie wollten auf die ihrer Meinung nach unhaltbaren Zustände in dem privaten Pflegeheim in Dorsten-Rhade aufmerksam zu machen. Sie sagen, sie konnten ihren Aufgaben im Sinne der 48, meist demenz Patient/innen nicht mehr nachkommen.

Organisatorische Mängel hätten ihnen oft die Arbeit erschwert, sagt die ehemalige stellvertretende Pflegedienstleiterin Manuela Giel. Mal fehlten Waschhandschuhe oder Dienstkleidung, dann kam die Wäscherei ihren Aufgaben nicht nach. Hinzu kam eine ständige Fluktuation unter den rund 40 Beschäftig-

ten, so dass es immer wieder zu personellen Engpässen kam. Gespräche mit der Vorgesetzten oder der Heimleitung hätten keinen Erfolg gebracht.

Die elf Frauen hatten das Gefühl, man versuche, die vorgebrachten Probleme zu übergehen. Sabine Dommasch, die als Betreuungsassistentin in der Einrichtung gearbeitet hat, berichtete in einem Fernsehbeitrag, dass die Beschäftigten von den Vorgesetzten angeschrien worden seien, in Gegenwart von Angehörigen von Bewohner/innen.

.....
ver.di kann in der Altenpflege in Deutschland keine Anzeichen für eine Verbesserung in der Patientenversorgung, bei der Entlohnung und in der Arbeitssituation erkennen. Diese wollten die privaten Arbeitgeber festgestellt haben. „Mehr Personal“ und „bessere Entlohnung“ fordert auch das zuständige ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. Aus ver.di-Sicht fehlen in der Altenpflege auf mittlere Sicht rund 140 000 ausgebildete Pflegekräfte.
.....

Also wussten sich die elf Frauen keinen anderen Rat als die Überlastungsanzeige. Die Gefahr der Kündigung sei ihnen durchaus bewusst gewesen, sagt Manuela Giel. „Aber wir konnten nichts anderes machen“, sagt sie. Sie wollten zumindest erreichen, dass sich die Situation für die Bewohner/innen des Heimes etwas verbessert.

Der Fall sei kein Einzelfall, sagt Vera Foullong-Marquardt, die zuständige Sekretärin im ver.di-Bezirk Emscher-Lippe-Nord, allerdings kennt sie keinen Fall, der mit fristlosen Kündigungen geendet habe. Gesetzliche Regelungen für eine Personalbemessung, wie von ver.di gefordert, gebe es nicht. Die Branche sei gekennzeichnet von belastender Arbeit und hohen Krankenständen.

ver.di hat für die elf Frauen Kündigungsschutzklage eingereicht. Die ersten Gütertermine brachten keine Einigung, im November wird verhandelt. Dann müssen die Frauen detailliert darlegen, wann sie wem in der Pflegeeinrichtung von den Zuständen berichtet haben.



MANUELA GIEL WAR
STELLVERTRETENDE
PFLEGEDIENSTLEITERIN

I N T E R V I E W

Ins Leere laufen laufen lassen

Was hat die hohe Arbeitsbelastung ausgemacht?

Unsere Arbeit im „Haus der Geborgenheit“ war schon immer geprägt von großer Fluktuation. Daher war es schwierig, Absprachen zu treffen. Die Geschäftsführung hat unsere Beanstandungen ins Leere laufen lassen. Es kam schon so weit, dass einige Kolleginnen Teile ihrer Arbeitskleidung selbst gekauft haben.

Warum sind Sie dann über zwei Jahre dort geblieben?

Wir sind als Team zusammengewachsen. Das Haus an sich und die Bewohner sind super. Klar hätte ich woanders arbeiten können mit weniger Überstunden und für mehr Geld und Urlaub, den ich nicht immer wieder abrechnen muss, aber wir wollten hier etwas bewegen. Und als sich nichts getan hat, blieb uns nichts anderes übrig als die Überlastungsanzeige.

Wie geht es weiter?

In der Altenpflege werden immer Kräfte gesucht. Aber es fällt natürlich schon schwer, weil wir jetzt keinen Kontakt mehr zu den Bewohner/innen haben. Gerade für demente Menschen sind feste Bezugspersonen wichtig.

Preisträger werden ausgezeichnet

BETRIEBSRÄTETAG – Austausch bei Praxisberichten, Foren und Diskussionen

(red.) Der Deutsche Betriebsrätag findet im diesem Jahr vom 28. bis 30. Oktober in Bonn statt. Höhepunkt ist die Verleihung des Deutschen Betriebsrätepreises 2014. Die Nominierten sind in Bonn mit da-

bei und stellen ihre Berichte aus der Praxis im Plenum vor. Neu sind in diesem Jahr Fachforen, Vorträge und 90-Minuten-Seminare am zweiten Veranstaltungstag. Die Themen sind vielfältig, unter anderen geht

es um Lebensarbeitszeitkonten, aktuelle Entwicklungen aus dem Betriebsverfassungsrecht oder betriebliches Gesundheitsmanagement.

www.betriebsraetetag.de

Auf „grenzwertig niedrigem Niveau“

PERSONALNOTSTAND – Nicht alles pflegerisch Notwendige kann auch erledigt werden

(hla/pm) „Dringenden gewerkschaftlichen Handlungsbedarf“ sieht ein Forscherteam der Universität Duisburg-Essen unter der Leitung von Jürgen Wasen, Professor für Medizinmanagement. Sie kommen in ihrer jüngst im Auftrag von ver.di erarbeiteten Analyse zu dem Schluss, dass die Personalbesetzung der pflegerischen Berufsgruppen in deutschen Krankenhäusern „auf einem grenzwertig niedrigen Niveau“ liegt. Die Wissenschaftler/innen gehen

davon aus, dass nicht alle pflegerisch notwendigen Maßnahmen tatsächlich auch erledigt werden können. Nur mit gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung von Krankenhäusern lasse sich der Pflegenotstand in Deutschland in den Griff bekommen. Der gesetzlichen Personalbemessung stünden nach Meinung der Forscher/innen auch die Finanzierungsbedingungen des Fallpauschalen-Systems (DRG) nicht entgegen.

Ihren Ergebnissen zufolge hat sich seit der Umstellung der Krankenhausvergütung auf Fallpauschalen im Jahre 2003 die Arbeit enorm verdichtet. „Die Politik kann und muss den Personalnotstand an Krankenhäusern bekämpfen. Wir brauchen mehr Personal“, so der Kommentar von ver.di-Vorstandsmitglied Sylvia Bühler

Das Gutachten kann im Downloadbereich von www.verdi-news.de heruntergeladen werden

BUCHTIPP

Aktueller Ratgeber zur Rente wegen Erwerbsminderung

(GL) Arbeitnehmer/innen, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen auf Dauer weniger als sechs Stunden am Tag arbeiten können, haben die Möglichkeit, eine Erwerbsminderungsrente zu beziehen. Das Rentenpaket vom Sommer 2014 enthält dazu einige Verbesserungen. So wird Zurechnungszeit vom 60. auf das 62. Lebensjahr erweitert; damit wird der Erwerbsgeminderte so gestellt, als habe er bis zum 62. Lebensjahr sein durchschnittliches Gehalt bezogen. Das gilt allerdings nur für Neurentner. Der vorliegende, aktualisierte Ratgeber für einen früheren Ruhestand wegen Erwerbsminderung beschreibt ausführlich und praxisnah den Weg zur Rente. Die Autoren gehen hier über die rentenversicherungsrechtlichen Aspekte hinaus und behandeln auch den Übergang vom Krankengeldbezug auf die Rente. Sie gehen dabei auf medizinische Aspekte, den Umgang mit ärztlichen Befunden und gutachterlichen Untersuchungen ein. Abschließend verweisen sie auf die Möglichkeiten des Widerspruchs und rechtlichen Schritten. Der Ratgeber ist verständlich formuliert und fachlich kompetent. Hilfreich wären Adressen für Beratungen über Dienststellen der Rentenversicherung hinaus.

NIKOLAUS ERTL, HORST MARBURGER: **FRÜHER IN RENTE**, WALHALLA-FACHVERLAG, REGENSBURG, 176 SEITEN, 9,95 EURO, ISBN 978-3802934735

„NAG“ ist keine Gewerkschaft

TARIFFÄHIGKEIT – Durchsetzungsmacht in der Versicherungswirtschaft hat nur ver.di

(pm/hem) Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat beim Arbeitsgericht im hessischen Gießen Klage eingereicht und beantragt, gerichtlich festzustellen, dass die Organisation mit dem Namen „Neue Assekuranz Gewerkschaft“ (NAG) keine Gewerkschaft im Sinne von Recht und Gesetz ist. „Eine wirkliche, eine starke gewerkschaftliche Interessenvertretung braucht zwingend eine entsprechende Durchsetzungsfähigkeit“, erläutert Christoph Meister, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für den Sektor Finanzdienstleistungen. Und über die verfüge die „NAG“ nicht (siehe Interview auf Seite 7).

KEINE ERKENNBARE ERSCHEINUNG

Die „NAG“ war im November 2010 von unzufriedenen ver.di-Mitgliedern gegründet worden. Sowohl in der fachlichen als auch in der tariflichen Arbeit für Versicherungsangestellte und deren Betriebs- und Personalräte sei die Organisation allerdings bislang erkennbar nicht in Erscheinung getreten. Sie habe auch im vierten Jahr nach ihrer Gründung noch keinen Tarifvertrag verhandelt, geschweige denn abgeschlossen.

Gleichwohl versuche die „NAG“ unter Vortäuschung ihrer angeblichen Gewerkschaftseigenschaft, fi-

nanziell lukrative Aufsichtsratsmandate zu erringen. So hatte die Organisation bei den Aufsichtsratswahlen beim Rückversicherungskonzern Munich Re im März 2014 erstmals erfolgreich einen Wahlvorschlag eingereicht – obwohl ein externes Rechtsgutachten im Auftrag des „Ständigen Ausschusses“ in seiner Funktion als Wahlvorstand ausdrücklich festgestellt hatte, dass die „NAG“ nicht die Voraussetzungen einer tariffähigen Gewerkschaft erfülle. ver.di hat die Wahl daraufhin gerichtlich angefochten.

Unterdessen hat das Amtsgericht Düsseldorf unter dem Aktenzeichen HRB 69112 entschieden, dass für den Aufsichtsrat des Versicherungsunternehmens Ergo Beratung und Vertrieb AG allein ver.di vorschlagsberechtigt ist. Damit hat das Gericht den Anspruch der „NAG“ auf Berücksichtigung bei der Benennung der externen Aufsichtsratsmitglieder auf Arbeitnehmerseite zurückgewiesen.

Die „NAG“ habe nicht darlegen können, dass ihr ein solches Vorschlagsrecht zusteht. Bei einer Gewerkschaft komme es „insbesondere darauf an, dass es sich um eine tariffähige Vereinigung handelt“, begründet das Amtsgericht seine Entscheidung. Das hänge „ent-

AUCH DAS NOCH

„Plastische Darstellung einer Rechtsposition“ ist erlaubt

(ra-online) Wer als Kraftfahrer mit Polizisten oder anderen Hoheitsträgern aneinander gerät, soll bekanntermaßen vorsichtig sein bei seiner Wortwahl, auf dass keine Beamtenbeleidigung daraus wird. Jedoch: Das Vorgehen eines Gemeindevollzugsbeamten bei der Vergabe eines Knöllchens als „Korinthenkackerei“ zu bezeichnen, war im zu beurteilenden Fall von dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, hat das Amtsgericht Emmendingen jetzt entschieden. Dieses Grundrecht umfasst laut Gericht auch die „Benutzung starker und eindringlicher Ausdrücke zur plastischen Darstellung einer Rechtsposition“.

AZ: 5 Cs 350 Js 30429/13

scheidend davon ab, ob eine Vereinigung über genügend Durchsetzungskraft verfügt; sie muss mächtig und stark genug sein, dass sie von der Arbeitgeberseite ernstgenommen wird“. Die „NAG“ habe zu ihrer Organisationsstärke aber „nur vage vorgetragen“. Aus diesem Grund bestellte das Gericht ausschließlich die von ver.di vorgeschlagenen Gewerkschaftsvertreter für den „Ergo“-Aufsichtsrat.

AKTUELLE URTEILE

ABMAHNUNGEN GRUNDSÄTZLICH OHNE BETRIEBSRAT

– (bs) Der Betriebsrat kann regelmäßig nicht verlangen, dass der Arbeitgeber Abmahnungen von Beschäftigten mit ihm abstimmt. Dafür gebe es keine Rechtsgrundlage, hat das Bundesarbeitsgericht festgestellt. Nur in Ausnahmefällen könne eine Mitwirkung durchgesetzt werden, wenn es „zur Erfüllung von – konkret zu benennenden – Rechten erforderlich“ sei.

Aktenzeichen: 1 ABR 26/12

BEFRISTETE OHNE ANSPRUCH AUF BETRIEBLICHE ALTERSORGE

– (bs) Befristet beschäftigte Arbeitnehmer/innen müssen vom Arbeitgeber nicht in das betriebliche Altersversorgungssystem eingebunden wer-

den, hat das Bundesarbeitsgericht entschieden. Die Begründung: Arbeitgeber wollten mit einem solchen Angebot Beschäftigte „belohnen“, sie an ihren Betrieb binden. Diese Motivation fehle bei befristet eingestellten Arbeitnehmer/innen.

Aktenzeichen: 3 AZR 4/11

WIDERSPENSTIGES LANDEsarBEITSGERICHT VERHILFT ZU FESTANSTELLUNG

– (bs) Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz darf ein Arbeitnehmer, der irgendwann schon einmal in einem Betrieb befristet eingesetzt worden war, dort nicht noch einmal befristet beschäftigt werden. Das Bundesarbeitsgericht hat allerdings – unter dem Aktenzeichen 7 AZR 716/09 – das Gesetz wegen unangemessener Folgen dahinge-

hend ausgelegt, dass ein befristetes Arbeitsverhältnis durchaus erneut beim selben Arbeitgeber absolviert werden könne, allerdings nur, wenn die vorherige Beschäftigung bereits länger als drei Jahre zurücklag.

Nunmehr will Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg dieses BAG-Urteil nicht anerkennen und wirft dem höchsten Arbeitsgericht eine Überschreitung seiner Kompetenzen vor. Die Folge: Einem befristet eingestellten Arbeitnehmer wurde ein unbefristetes Arbeitsverhältnis attestiert, weil er im selben Betrieb vier Jahre zuvor schon einmal befristet tätig war, also nicht noch einmal befristet dort tätig sein durfte.

Aktenzeichen: 6 Sa 28/13

Gehaltvoll und erschwinglich

BÜCHERGILDE – Der von Druckern gegründete Buchclub ist 90 Jahre alt und sehr lebendig

(coli) Buchgemeinschaften entstanden im frühen 20. Jahrhundert: Am größten wurde, kaum 20 Jahre her, der Buchclub von Bertelsmann. Jetzt sieht man dort „keine tragfähige Perspektive mehr“ und wird Ende 2015 die letzte Filiale schließen. Das Ende der Buchgemeinschaften? Keineswegs. Die Büchergilde Gutenberg jedenfalls ist 90 Jahre alt und quicklebendig: 1924 wurde sie von der damaligen Buchdrucker-Gewerkschaft ins Leben gerufen, „um unbeeinflusst von Profitinteressen irgendwelcher Art in die Bücherproduktion einzugreifen“, hat mehr als nur einen Untergang hinter sich und ist mehrfach wieder neu erstanden.

Ihr damaliges Credo, „inhaltlich gute Bücher, in technisch vollendeter Ausführung und nicht alltäglicher Ausstattung“ zu einem Preis herauszubringen, der auch für Menschen mit schmalem Geldbeutel erschwinglich ist, hat sich keineswegs überlebt. Auch die Erkenntnis, „nur durch die Zusammenarbeit in einer Gemeinschaft“ lasse sich dieser Wunsch verwirklichen, ist aktuell geblieben.

Anno 2014, im Jahr ihres 90-jährigen Bestehens, wird die Büchergilde wieder in eine Genossenschaft umgewandelt. Und sie greift eine weitere Tradition aus ihren Ju-

gendjahren auf: ihre grenzüberschreitende europäische Vernetzung. Gründer Bruno Dreßler hatte nach 1933 mit Unterstützung der Schweizer Mitglieder und Gewerkschaften die Büchergilde im Zürcher Exil weiterentwickelt.

NACH EXIL IN DER SCHWEIZ IN FRANKFURT WIEDERGEGRÜNDET

Bei Kriegsende hatte sie in der Eidgenossenschaft 100 000 Mitglieder. Dreßlers Sohn Helmut hob mit väterlicher Beratung die Büchergilde nach dem Krieg in Frankfurt am Main neu aus der Taufe – unter dem Dach der Industriegewerkschaft IG Druck und Papier und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Als die in den 1990er Jahren aus dem Projekt ausstiegen, machten sich Mitarbeiter im Rahmen einer Management-buy-out-Lösung mit der Buchgemeinschaft selbstständig.

Zurück zu den Wurzeln und nach vorne schauen: Mehr als 1000 Genossenschaftsanteile á 500 Euro wurden dieses Jahres bereits gezeichnet. Auf die eigenen Fähigkeiten und die Kraft der Mitglieder vertrauen, hartnäckiger Gestaltungswille statt schneller Profitinteressen, auf Qualität statt auf Masse setzen – diese Maximen sollen

Ausstellung im Buchdruckerhaus

Eine Ausstellung der MedienGalerie im ver.di-eigenen historischen Berliner Verbandshaus der alten Buchdrucker-Gewerkschaft wirbt bis zum 15. Oktober für das gute Buch und für die Mitgliedschaft in der Büchergilde. Sie zeigt die Geschichte der Buchgemeinschaft in dem Haus, in dem sie von 1926 bis 1933 zusammen mit dem Buchdruckerverband ihre Zentrale hatte. Gewürdigt wird auch Erich Knauf, der Lektor der Büchergilde von 1928 bis 1933 war. Der Schriftsetzer, Redakteur und Schriftsteller wurde von Nazi-Blutrichter Freisler wegen „defätistischer Reden“ im Luftschutzkeller zum Tode verurteilt und am 2. Mai 1944 in Brandenburg-Görden von Nazi-Schergen ermordet. Zum Gedenken an ihn wird am 15. Oktober 2014 im Gehweg vor dem Buchdruckerhaus in der Berliner Dudenstraße ein Stolperstein verlegt.

www.mediengalerie.org

sich auch im digitalen Zeitalter bewähren. Die Büchergilde sammelt Jahr für Jahr Preise für ihre gut gemachten, schön gestalteten Bücher ein. Neue Reihen entstehen, zu treuen Mitgliedern kommen neue hinzu.

www.buechergilde.de



CHRISTOPH MEISTER

LEITET ALS VER.DI-VORSTANDSMITGLIED DEN FACHBEREICH FINANZDIENSTLEISTUNGEN

INTERVIEW

ver.di-Türen stehen offen

Warum soll es nicht auch kleinere Konkurrenz-Gewerkschaften in einer Branche geben dürfen?

Weil sie die Durchsetzungskraft der Beschäftigten schwächen. Gewerkschaftliche Rechte sind für die Beschäftigten von existenzieller Bedeutung. In unserem Wirtschaftssystem ringen Kapital und Arbeit um handfeste Interessen – mitunter mit harten Bandagen. Da muss eine Gewerkschaft über Durchsetzungskraft verfügen, und die hat in der Versicherungswirtschaft allein ver.di. Die NAG-Gründung ist offenbar gescheitert.

Und was sollen die Mitglieder der „NAG“ nun machen?

Erstens sind das auch vier Jahre nach der Gründung nicht wirklich viele, und zweitens stehen ihnen bei ver.di alle Türen offen. Wir laden die Kolleginnen und Kollegen ebenso herzlich wie ernsthaft ein, in unserer Solidargemeinschaft mitzumachen und selbstbewusst an einer erfolgreichen Interessenvertretung der Beschäftigten in der Versicherungswirtschaft mitzuwirken.

Qualifizierung für Aufsichtsratsmitglieder

UNTERNEHMENSMITBESTIMMUNG – Vier Seminarmodule in einem Jahr

(red.) An Mitglieder in Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften, Banken und Versicherungen wendet sich ver.di b+b mit der modularen Seminarreihe „Qualifiziert mitbestimmen“. Die Reihe besteht aus vier Modulen, die innerhalb eines Jahres absolviert werden. Die Teilnehmenden werden unterteilt in Auf-

sichtsräte von Kapitalgesellschaften einerseits und von Banken und Versicherungen andererseits.

Die Teilnahme wird mit einem Zertifikat des Instituts für Weiterbildung an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Uni Hamburg bestätigt. Die Grundlagenausbildung beginnt im kom-

menden Jahr mit dem Modul „Rechtliche Aspekte des Handelns von Aufsichtsräten der Arbeitnehmerbank“ vom 23. bis 25. März in Hamburg. Die weiteren Termine finden in Berlin statt. Näheres zu den Terminen und Inhalten unter

www.verdi-bub.de/das-besondere-angebot

Anstoß für eine Diskussion

BURNOUT – Kurzfilm nähert sich dem Thema von unterschiedlichen Seiten

(red.) Der ver.di-Bereich Gute Arbeit weist auf einen zehnminütigen Film hin, der gut geeignet ist, eine Diskussion über „Burnout“ anzustoßen. Gundula Weimann und Fridhelm

Bücheler haben ihn in Zusammenarbeit mit dem Bereich entwickelt. Sie führen Gespräche mit Betroffenen, Ärzt/innen, Wissenschaftler/innen, Gewerkschafter/innen und Be-

triebsrät/innen und nähern sich dem Thema auch mit Theaterszenen und Installationen. – Der Film kann unter www.verdi-gute-arbeit.de/--/YMIN heruntergeladen werden.



Pflege im Minutentakt

BUCHTIPP – Das neoliberale Wirtschaftsdenken hat auch vor dem Sozialen keinen Halt gemacht

ULRICH SCHNEIDER,
**MEHR MENSCH! GEGEN
DIE ÖKONOMISIERUNG
DES SOZIALEN**, WESTEND-
VERLAG, FRANKFURT/MAIN,
158 SEITEN, 13,99 EURO,
ISBN 978-3864890796

ver.di news

ERSCHEINT 14-TÄGLICH

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGS-
GEWERKSCHAFT VER.DI,
FRANK BSIRSKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

DR. MARIA KNIESBURGES

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG
(VERANTWORTLICH), HENRIK MÜLLER

LAYOUT: HELMUT MAHLER

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: THOMAS PLASSMANN

DRUCK: ALPHA PRINT MEDIEN AG,
DARMSTADT

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,
PAULA-THIEDE-UFER 10,
10179 BERLIN,

TEL.: 030/69 561069,

FAX: 030/69 563012

VERDI-NEWS@VERDI.DE

WWW.VERDI-NEWS.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 13

ERSCHEINT AM 27. SEPTEMBER 2014

www.verdi.de

Wirkung

„Befristete Jobs
wirken wie
die Anti-Baby-Pille.“

Bundesfamilien-
ministerin
Manuela Schwesig,
SPD, sieht in der
steigenden Zahl
befristeter Jobs eine
Ursache für die
niedrige Geburtenrate
in Deutschland

In der Pflege wird mittlerweile nach Minuten abgerechnet. Das Waschen von Händen und Gesicht wird mit ein bis zwei Minuten angesetzt, für das Ankleiden gibt es bis zu zehn Minuten, für das Füttern maximal 20 Minuten. Die Pflegekassen haben die Leistungen der Grundpflege standardisiert, in ein Schema gepresst, und nach diesem Schema werden sie auch abgerechnet.

Für Pflegende und zu Pflegende bedeutet das, dass sie sich einem Takt unterwerfen müssen, dass für Zuwendung und Aufmerksamkeit kaum noch Zeit bleibt. Die Pflege wurde ökonomisiert, und nicht nur sie. „Kinderbetreuung, Krankenhäuser, Pflegeheime“ nennt der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, in seinem neuen Buch als Bereiche, vor denen das neoliberale Wirtschaftsdenken keinen Halt gemacht hat.

Er geht darin der Frage nach, wie es so weit kommen konnte, „eine Arbeit mit Menschen auf bizarre Weise völlig menschenfremd zu zerlegen“. Dabei zeichnet Schneider den Weg in die Ökonomisierung nach. Der Einfluss der Neoliberalen ist insbesondere seit den 1990er Jahren stark gewachsen. Er wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Vermeintliche Effizienz und Gewinnstreben rückten in den Vordergrund. Soziales war nicht mehr förderlich für eine politische Karriere, stattdessen umgaben sich die Gewählten mit Managern oder Unternehmern.

Einen weiteren Einschnitt brachte, so Schneider, das In-Kraft-Treten der Pflegeversicherung 1996. Bereits zwei Jahre später hatten die gewerblichen Anbieter bereits einen Marktanteil von 36 Prozent. Tendenzen weiter steigend, denn man konnte auf einmal große Gewinne machen. Lohnkosten waren da nur

hinderlich, wo daran nicht weiter gespart werden konnte, musste immer schneller gearbeitet werden. Besonders mit Beginn dieses Jahrtausends hat – so Schneiders Beobachtung – auch die Frage nach der Effizienz von sozialen Leistungen zugenommen. Das geht einher mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung.

Gewinnstreben und Konkurrenz sollten es richten, ohne daran zu denken, dass in einem der reichsten Länder dieser Welt genug Geld vorhanden sein sollte, um sich ein ausreichend finanziertes Sozialsystem leisten zu können, das den Namen auch verdient. Das Geld sei da, sagt auch Schneider, doch habe die Politik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dafür gesorgt, dass es verstärkt auf privaten Konten und nicht in den öffentlichen Kassen liegt.

Heike Langenberg

TERMINE

Die ver.di Jugend lädt Interessenvertreter/innen und Aktive vom 26. bis zum 28. September zu einem **Tarifpolitischen Forum** in die Bildungszentrale der ver.di Jugend nach Naumburg (Hessen) ein. Schwerpunkte des Forums sind die Ansprache, Organisation und Aktivierung von Kolleg/innen insbesondere in Tarifrunden. Mehr Informationen per E-Mail unter jugend@verdi.de

ver.di lädt Betriebs- und Personalräte vom 27. bis zum 30. Oktober zu der Fachtagung Gute Arbeit im **Callcenter und im Kundenservice durchsetzen** nach Essen ein. Themen sind u. a. Mindestlohn und Tarifvertrag, psychische Belastungen sowie die Aufgaben und Möglichkeiten des Arbeitsschutzes in der Call-Center-Branche. Mehr Informationen: www.tbs-nrw.de

Nie mehr ohne sagt die Friedrich-Ebert-Stiftung und meint damit Frauen in Führungspositionen in den Verwaltungen auf den verschiedenen Ebenen des öffentlichen Dienstes. Darüber soll bei einem Fachdialog am 3. und 4. November in Berlin diskutiert werden. Mehr Informationen per E-Mail unter umgup@fes.de

Das Thema „Haftung“ hat in den vergangenen Jahren für die Mitglieder von Aufsichtsräten an Bedeutung zugenommen. Deswegen bietet der ver.di-Bereich Mitbestimmung gemeinsam mit ver.di b+b für Arbeitnehmervertreter/innen in Aufsichtsräten am 6. November in München ein Seminar zum Thema **Haftung und Strafrecht** an. Mehr Informationen bei Susann Wächtler, waechtler@bb.verdi-bub.de

AUSSTELLUNG

Die Ausstellung **Kinderarbeit in Fotografien** ist noch bis zum 24. September in der Galerie Arbeiterfotografie in Köln zu sehen. Die Fotos von Lewis Hine entstanden zwischen 1908 und 1924 für das National Child Labor Committee, das sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die Abschaffung der Kinderarbeit in den USA eingesetzt hat. Die Fotos zeigen Kinder unter Tage, in Fabriken, Glashütten, Spinnereien, als Boten, Zeitungsverkäufer oder bei der Feldarbeit. Sie machen eindringlich deutlich, dass die arbeitenden Kinder zwischen vier und 16 Jahren körperliche und seelische Schädigungen aufweisen, Schul- und Ruhezeiten versäumen und bei ihrer Arbeit vielfältigen Gefahren ausgesetzt sind.

www.arbeiterfotografie.com/galerie/2014-lewis-hine